



Betriebsräteumfrage der IG Metall zur Leiharbeit

Die IG Metall hat zur aktuellen Situation von Leiharbeit eine Befragung durchgeführt. 5159 Betriebsratsvorsitzende aus dem Organisationsbereich der IG Metall haben sich an der Umfrage beteiligt.

Die Ergebnisse sind alarmierend. Der Missbrauch der Leiharbeit nimmt rasant zu und der Abbau von Stammelegschaften ist in vollem Gange. Die Umfrage zeigt:

- **Die Betriebe decken den zusätzlichen Arbeitskräftebedarf mehrheitlich durch prekäre Beschäftigung ab. Unbefristete Einstellungen sind die Ausnahme**
- **Leiharbeitsquote steigt auf Rekordniveau**
- **Leiharbeit ersetzt zunehmend Stammbeschäftigung**

Frankfurt am Main, den 27. September 2010



Methode und Stichprobe

- **Schriftliche Befragung**
- **Zeitraum: 15. – 23. September 2010**
- **Stichprobe: 5159 der 8274 angeschriebenen Betriebsratsvorsitzenden haben teilgenommen**

Rücklauf nach Betriebsgröße der Stammbesellschaft

Bis 200 Beschäftigte	2997
Bis 500 Beschäftigte	1339
Bis 1000 Beschäftigte	446
Bis 2000 Beschäftigte	219
Über 2000 Beschäftigte	126

(Betriebsgröße nicht von allen Befragten angegeben. n=5127)



Hoher Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften

- 85 Prozent der befragten Betriebsratsvorsitzenden gaben an, dass die Unternehmen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf haben

Beschäftigungsaufbau: überwiegend prekär

- 85 Prozent der Betriebe mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf setzen überwiegend auf prekäre Arbeitsverhältnisse, davon 43 Prozent auf Leiharbeit und 42 Prozent auf befristete Einstellungen

Beim Aufbau von Beschäftigung überwiegt?

Leiharbeit	43 %
Befristete Neueinstellungen	42 %
Unbefristete Neueinstellungen	15 %

Zusätzliche Beschäftigung wird fast sechs mal häufiger über Leiharbeit und Befristung zusammen als über unbefristete Einstellungen abgedeckt. Nur bei einer kleinen Minderheit überwiegen unbefristete Einstellungen.



Das Niveau von 2008 ist in vielen Betrieben überschritten

- 66 Prozent der befragten Betriebe setzen Leiharbeit ein
- Leiharbeit liegt in 40 Prozent der Betriebe bereits auf dem Stand des Rekordjahres 2008 oder höher
- 34 Prozent der Betriebe haben keine Leiharbeit

Einsatz von Leiharbeit im Vergleich von 2008 zu 2010

Mehr Leiharbeit als 2008	20 %
Gleichbleibend zu 2008	20 %
Weniger als 2008	23 %
Erstmals Leiharbeit in 2010	3 %
Derzeit keine Leiharbeit	34 %

Bereits am Anfang des Aufschwungs ist das Niveau des Jahres 2008 in der Leiharbeit wieder erreicht und in vielen Betrieben bereits überschritten. In 20 Prozent der befragten Betriebe hat die Leiharbeit wieder den Stand des Rekordjahres 2008 erreicht. In weiteren 20 Prozent der Betriebe sind sogar mehr Leiharbeitnehmer eingesetzt als 2008.

Leiharbeit ersetzt zunehmend Stammbeschäftigung

- In 20 Prozent der Betriebe hat Leiharbeit Stammarbeitsplätze ersetzt

Werden Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt?

Ja	20 %
Nein	80 %

Durch den Einsatz von Kurzarbeit konnten Massenentlassungen in der Krise vermieden werden. Unmittelbar nach dem Ende der Kurzarbeit müssen schon 20 Prozent (hochgerechnet entspricht das rund 2.000 Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall) der befragten Betriebsräte feststellen, dass Stammbeschäftigten durch Leiharbeit ersetzt worden sind. In Betrieben mit 1000 bis 2000 Beschäftigten ist dies besonders deutlich festzustellen. 27 Prozent der Betriebsräte geben an, dass in ihren Betrieben Stammarbeitsplätze verdrängt werden.

Leiharbeitsquote steigt auf neues Rekordniveau

- Schon 23 Prozent der befragten Betriebe setzen mindestens 10 Prozent und bis zu 50% Leiharbeitnehmer ein

Wie viele Leiharbeitnehmer sind gemessen an der Gesamtbelegschaft beschäftigt?

Von 10 % bis 50%	23 %
------------------	------

Leiharbeit dient nicht vorrangig zum Abfedern von Auftragsspitzen. Leiharbeit wird als strategisches Instrument zur Etablierung einer Billiglohnlinie genutzt.



Bewertung

Deutschland erlebt zurzeit einen Aufschwung. Beschäftigung wird aufgebaut. Menschen finden wieder Arbeit. Allerdings andere Arbeit als sie sich wünschen. Denn dieser Aufschwung ist ein Boom der Leiharbeit. Und Leiharbeit heißt: Unsicherheit und in der Regel deutlich weniger Geld.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegen: Für mehr als jede dritte neue Stelle suchten die Betriebe im Juni 2010 einen Leiharbeiter. Die Daten der BA legen die Verdrängung von Stammarbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe durch Leiharbeit nahe. Bereits im Juli diesen Jahres waren nach Angaben des IW-Zeitarbeitsindex 826.000 Beschäftigte bei Leiharbeitsunternehmen angestellt.

Betriebsrätebefragung der IG Metall – alarmierende Ergebnisse

Entgegen aller Bekundungen wird Leiharbeit nicht zum Abfedern von Auftragsspitzen genutzt. Leiharbeit wird zunehmend als strategisches Instrument zur Etablierung einer neuen Billiglohnlinie eingesetzt. Der Missbrauch der Leiharbeit nimmt rasant zu. Abgebaute Stammarbeitsplätze werden durch Leiharbeit ersetzt. Unbefristete Einstellungen sind die Ausnahme.

Die Behauptung von Gesamtmetall, die Leiharbeitsquote in der Metall- und Elektroindustrie betrage sechs Prozent, lässt sich nicht halten. Zudem wären auch bei einer Quote von sechs Prozent über zweihunderttausend Menschen in der Metallwirtschaft mit ihren rund 3,5 Millionen Arbeitsplätzen von Leiharbeit betroffen. Dies ist eindeutig zu viel.

Bereits jetzt werden in 23 Prozent der Betriebe mindestens 10 und bis zu 50 Prozent Leiharbeitnehmer, gemessen an der Gesamtbelegschaft, eingesetzt. Das zeigen die Auswertungen einer aktuellen Umfrage der IG Metall ganz deutlich. Mehr als 5100 Betriebe aus dem Zuständigkeitsbereich der IG Metall haben sich beteiligt. Die Ergebnisse sind alarmierend.

85 Prozent der Betriebe haben einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften. Davon deckt aber nur eine Minderheit von 15 Prozent diesen Bedarf über die Einstellung in unbefristete Stellen ab. 43 Prozent setzen auf Leiharbeit und 42 Prozent auf befristete Einstellungen. Unbefristete Einstellungen sind die Ausnahme. Die Arbeitgeber setzen auf prekäre Beschäftigung.

Heute ist das Niveau der Leiharbeit des Vorkrisenjahrs von 2008 in einem relevanten Teil der Betriebe bereits überschritten. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung noch verschärfen wird. In 66 Prozent der Betriebe wird Leiharbeit eingesetzt und in 40 Prozent liegt sie auf dem Stand von 2008 oder höher.



34 Prozent der befragten Betriebe kommt ohne Leiharbeit aus. Dies zeigt, dass sich auch mit einer verantwortungsvollen Personalpolitik erfolgreich wirtschaften lässt. Dazu tragen die IG Metall, Betriebsräte und verantwortungsbewusste Unternehmer maßgeblich bei.

In mehr als 20 Prozent der Betriebe wird Stammbeschäftigung durch Leiharbeit ersetzt. Das sind hochgerechnet rund 2.000 Betriebe im Organisationsbereich der IG Metall. In Betrieben mit 1.000 bis 2.000 Beschäftigten ist dies besonders deutlich festzustellen. Hier gaben 27 Prozent an, dass Stammarbeitsplätze verdrängt werden.

Leiharbeit setzt Normalarbeitsverhältnisse massiv unter Druck: Hunderttausende reguläre Arbeitsplätze sind bedroht. Damit spalten die Arbeitgeber die Belegschaften und tragen auch zur Spaltung der Gesellschaft bei. Die Verbände der Zeitarbeitsunternehmen rechnen mittelfristig mit einer Zunahme der Leiharbeit auf bis zu 2,5 Millionen. Das entspricht etwa einer Verdreifachung der Leiharbeitnehmerschaft.

Leiharbeiter sind die Verlierer der Krise und des Aufschwungs. In der Krise werden sie als erste vor die Tür gesetzt. Im Aufschwung werden sie deutlich schlechter bezahlt und müssen die Last unsicherer Arbeit tragen. Das ist ihre Lebensrealität.

Politik muss handeln

Statt den massenhaften Missbrauch der Leiharbeit in Deutschland endlich zu begrenzen, öffnet Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit ihrem kürzlich vorgestellten Gesetzesentwurf Tür und Tor für den ungebremsten Abbau von Stammarbeitsplätzen.

Der Ausdehnung des Niedriglohnsektors wird in diesem Entwurf weiter Vorschub geleistet, weil weder eine Höchstüberlassungsdauer noch ein Verbot der Synchronisation (Koppelung von Arbeitsvertrag und Leiharbeitseinsatz) vorgesehen ist. Stammarbeit kann weiter durch Leiharbeit ersetzt werden. Es gibt im Gesetzesentwurf keine Bestimmungen, die eine gleiche Bezahlung von Leiharbeitnehmern sichern.

Die Unternehmen, die sich mit Leiharbeit ein zweites Entlohnungsniveau schaffen wollen, können munter weitermachen. Sie werden mit dieser Gesetzesregelung geradezu eingeladen, Teile der Belegschaft auszugliedern und als Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen wieder direkt einzusetzen. Sprach man bisher in solchen Fällen von Missbrauch, so können sich die Arbeitgeber in Zukunft auf eine gesetzliche Regelung berufen.



Der Weg für die weitere Umwandlung von Stammbeslegschaften in Leiharbeit ist geebnet. Damit gefährdet die Ministerin akut mindestens ein Million Arbeitsplätze.

Leiharbeit hat sich von einem begrenzten Flexibilisierungsinstrument zu einem massiven Dumpingwerkzeug entwickelt. Die EU-Richtlinie Leiharbeit fordert einen wirksamen "Gesamtschutz" der Leiharbeitnehmer. Die Leiharbeitsbranche ist nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit knapp 12 Prozent der Wirtschaftszweig mit den meisten Hartz-IV-Aufstockern. Das zeigt, dass der notwendige „Schutz“ nicht vorhanden ist.

Wir gehen davon aus, dass dieser Gesetzentwurf einer Überprüfung des Europäischen Gerichtshofes nicht standhält.

Wir brauchen „Equal-Pay“. Der Grundsatz "gleiche Arbeit – gleiches Geld" muss in geltendes Recht umgesetzt werden. Hier geht der Vorstoß der FDP zur Entgeltgleichheit zwischen Stammbeschäftigten und Leiharbeitnehmern in die richtige Richtung. Die Bundesministerin sollte diese Ansätze ihres Koalitionspartners aufgreifen, und damit endlich den Missbrauch der Leiharbeit an der Wurzel bekämpfen, anstatt Verbesserungen zu simulieren.

Wir fordern von der Bundesregierung eine Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), die folgende Punkte berücksichtigt:

- Die gleiche Bezahlung von Stammbeschäftigten und Leiharbeitnehmern
- Kein dauerhafter, strategischer Einsatz von Leiharbeit
- Einführung einer Höchstüberlassungsdauer
- Wiedereinführung des Synchronisationsverbots
- Stärkung der Rechte des Entleiherbetriebsrates

Wir fordern eine zügige Umsetzung der EU-Richtlinie ohne Abstriche.

Unternehmen setzen System flexibler Tarifverträge aufs Spiel

Trotz der skizzierten Schieflage ist es der IG Metall gelungen, in über 500 Betrieben die Situation von Leiharbeitnehmern mit betrieblichen Vereinbarungen verbessern zu können. Aber das reicht nicht, um Leiharbeit flächendeckend sozial zu gestalten und einzudämmen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen schnellstens geändert werden.

Gleichzeitig stehen die Unternehmen in der Verantwortung, für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik anstelle des Prinzips von Heuern und Feuern zu sorgen. Denn es geht auch ohne Leiharbeit. Das runde Drittel von Betrieben ohne Leiharbeit zeigt, dass wirtschaftlicher Erfolg auch auf diesem Wege möglich ist.



In der Krise wurde weitgehend sozial verantwortlich gehandelt und mit Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit Massenentlassungen vermieden. Nun wird durch den massenhaften Einsatz von Leiharbeit der soziale Konsens durch viele Unternehmen aufgekländigt.

Wir fordern Arbeitgeber die Leiharbeit einsetzen auf, sie auf ihren eigentlichen Zweck – die Abarbeitung von Auftragsspitzen – zu begrenzen. Wer weiterhin auf Lohndumping via Leiharbeit setzt, gefährdet das System flexibler Tarifverträge. Massenhafte Leiharbeit und flexible Tarifverträge, beides zugleich ist mit der IG Metall nicht zu machen.

Die Arbeitgeber und ihre Verbände stehen vor der Entscheidung, welchen Weg sie gehen wollen – den bisherigen Weg verlässlicher Tarifverträge oder einen neuen Weg dauerhafter betrieblicher Konflikte.

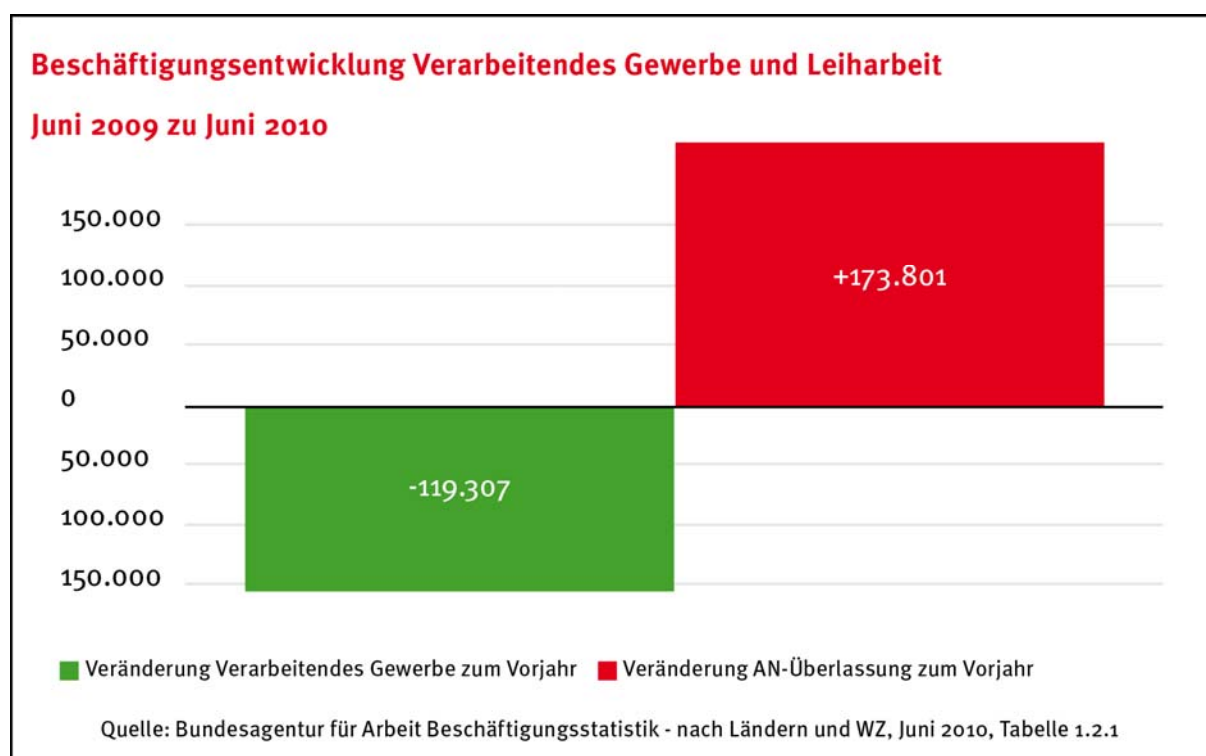
Anhang 1:

Daten der Bundesagentur für Arbeit belegen: Job-Boom ist Boom der Leiharbeit

Die Bundesagentur hat eingeräumt, dass für einen Teil des Job-Booms die starken Zuwächse bei der Leiharbeit verantwortlich sind. Für mehr als jede dritte neue Stelle suchten die Betriebe im Juni einen Leiharbeiter. Die neuen Jobangebote von Leiharbeitsfirmen haben sich seit Jahresanfang mehr als verdoppelt, während die Zahl der übrigen Stellen lediglich um ein gutes Drittel (39 Prozent) zulegte. Entsprechend kletterte der Anteil der Leiharbeitsposten an allen neuen Stellen von 26 Prozent im Januar auf 35 Prozent im Juni.

Die Zahlen der Bundesagentur zeigen ebenfalls: Stammschaften werden durch Leiharbeit ersetzt

Laut Bundesagentur für Arbeit nahm die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum Juni 2009 bis Juni 2010 um 119.307 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ab und im Bereich der Leiharbeit um 173.801 zu. Das zeigt den Trend zum Umbau der Belegschaften klar auf! Die Arbeitgeber nutzen die Krise, um die Stammschaften auszudünnen und Randbelegschaften durch Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge auszubauen.





Anhang 2:

IW Zeitarbeitsindex stützt die Erhebung der IG Metall

826.000 Beschäftigte waren im Juli 2010 bei Leiharbeitsunternehmen angestellt. Dies sind so viele wie nie zuvor. Das zeigt der neue Zeitarbeitsindex, den das Institut für Wirtschaftsforschung (IW) regelmäßig für den Bundesverband Zeitarbeit (BZA) erstellt. Nach einem Rückgang der Zahlen um ein Drittel meldet die Branche bereits seit April wieder steigende Beschäftigungszahlen.

Ein Ende des Aufwärtstrends ist nicht absehbar. „Über 90 Prozent der befragten BZA-Unternehmen wollen in den kommenden sechs Monaten weiteres Personal einstellen“, heißt es im Bericht des IW. Im Durchschnitt rechnen die Leiharbeitgeber mit einem zusätzlichen Personalbedarf von 9 bis 10 Prozent.